



Wahlkampf

Die wahrscheinlich renommierteste Wirtschaftsuniversität der Welt, die London School of Economics, hat eine Studie über die österreichischen Sozialversicherungen erstellt. Die Studie schlägt vier verschiedene Varianten für eine Reform der Sozialversicherungen vor. Die radikalste würde die bestehenden 21 verschiedenen Sozialversicherungen auf vier reduzieren (je eine Unfall- und Pensionsversicherung sowie je eine für Unselbstständige und Selbstständige). Die moderatere belässt alle 21 Träger, vereinheitlicht aber die Leistungen.

Die Leistungen werden selbstverständlich auf dem jeweils höchsten Niveau vereinheitlicht.

wenn es durchaus den Erfahrungen, etwa bei Gemeinden, entspricht, dass die erhofften Einsparungen aus Fusionen nicht eintreten.

Den Verwaltungen der Sozialversicherungen stellt die Studie ein gutes Zeugnis aus: Sie zählen zu den besten der Welt, nur Japan arbeitet noch günstiger. Überhaupt bringe die Zusammenlegung wenig. Diese Aussage überrascht zweifellos am meisten, auch

Es überrascht nicht, dass sich Sozialminister Stöger für die vierte Variante entscheidet: Die Zahl der Sozialversicherungsträger bleibt dieselbe, jedoch mit einheitlichen Leistungen. Das ist aber auch jene Variante, die das System garantiert nicht billiger macht: Die Leistungen werden selbstverständlich auf dem jeweils höchsten Niveau vereinheitlicht. Die Studie rechnet mit Mehrkosten von 300 Mill. Euro. Österreichische Experten allerdings bezweifeln dies und prognostizieren stattdessen etwa eine Milliarde Euro.

Wie sollen die Mehrkosten bezahlt werden? Natürlich nicht von den Sozialversicherungen, die ja laut Studie die besten der Welt sind und sicherlich auch nicht vom Bund, denn der hat kein Geld. Auch nicht von den Beitragszahlern, schließlich herrscht Wahlkampf. Vielmehr sollen - erraten - wieder einmal die Länder die Kosten tragen und gefälligst bei den Spitälern sparen. Gesundheitsministerin Rendi-Wagner will deshalb auch ein bundeseinheitliches Spitalgesetz, wodurch Wien bestimmen kann, wo ein Spital welche Leistungen anbietet. Man kann sich vorstellen, was das für die Gesundheitsversorgung außerhalb Wiens bedeutet.

Außerdem will die Gesundheitsministerin eine neue, unabhängige Bundesagentur für Gesundheit und Pflege zur Qualitätssicherung gründen. Die neue Agentur könnte dann die Standards beliebig nach oben schrauben. Nach allen bisherigen Erfahrungen waren jedoch neue Bundesbehörden immer mit mehr Bürokratie und Verwaltungskosten verbunden.